

Ausstiegsbeschluss kaum vorstellbar. Das bezieht sich weniger auf das konkrete Ausstiegsjahr 2021, als auf die Tatsache, dass 8 AKWs (fast die Hälfte!) auf einen Schlag ausgeschaltet werden und der Rest in Etappen. Sicherlich, die Forderung nach dem sofortigen weltweiten Atomausstieg hat nichts von ihrer Richtigkeit verloren. Die Verschiebung der realpolitischen Koordinaten ist dennoch erstaunlich. Das wird auch für radikale Politik Konsequenzen haben. Es ist durchaus denkbar, dass der Zulauf zu den Anti-Atomaktionen jetzt wieder abnehmen wird, auch eine stärkere Delegitimierung im bürgerlichen Diskurs ist möglich.

Aber welches Interesse haben wir daran, dass mit Ökostrom von der Nordsee in Süddeutschland Panzer gebaut werden?

Wichtiger noch als das Ende der AKWs ist der beschlossene Ausbau der Erneuerbaren Energien. Bisher erstaunlicher Weise selten kritisiert, sind diese Pläne alles andere als emanzipatorisch. Vorgesehen sind große, zentralisierte Anlagen vor allem im Norden des Landes (die Energieerzeugung würde zentralisierter erfolgen als durch die AKWs) und ein massiver Ausbau der Hochspannungsleitungen quer durchs Land. Dargestellt wird dies als die einzige mögliche Form der Nutzung Erneuerbarer Energien. Hier ist ein energischer Widerspruch in Theorie und Praxis nötig!

Zunächst einmal war und ist die Diskussion, wie viele AKWs oder auch Windparks und Hochspannungsleitungen es brauche um „die“ Gesellschaft mit Strom zu

versorgen schon immer absurd, weil nie die Frage gestellt wurde, was für eine Gesellschaft da mit Strom versorgt wird. Rüstungsindustrie, Massentierhaltung, Werbeapparate, Gefängnisse, Polizei und Militär sind nur ein paar Beispiele für Dinge, die in der bürgerlichen Gesellschaft Strom verbrauchen, nach einer Revolution aber vom Netz gehen würden ohne das sie jemand vermisst. *"Die Versorgung von Bayer, BMW und BASF mit (bezahlbarem) Strom soll also ab sofort gemeinsames Ziel aller „Deutschen“ sein und besonders das von Atomkraftgegner_innen."*[3]

Aber welches Interesse haben wir daran, dass mit Ökostrom von der Nordsee in Süddeutschland Panzer gebaut werden?

Auch die konkrete Produktion und Verteilung dieses Stromes wird hochgradig unsozial und unökologisch abgewickelt werden. Um das Land mit Hochspannungsmasten zuzupflastern, wird nicht nur einiges an Fläche verbraucht werden, es muss auch Eisenerz gefördert und zu Stahl geschmolzen werden – Szenen die dem deutschen Biobürgertum sicher nicht gefallen dürften, sich aber auch nicht unter ihrer Nase abspielen.

Oberirdische Hochstromtrassen (die unterirdische Alternative wird aus Kostengründen kaum genutzt) führen sehr wahrscheinlich zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen wie z.B. erhöhten Raten von Kinderleukämie; von Geräuschbelastung einmal abgesehen. Windräder können (je nach Standort) eine ökologische Beeinträchtigung für Vögel sein und durch Schlagschatten und Geräuschentwicklung der menschlichen Lebensqualität abträglich sein. Es

gibt immer mehr unterstützenswerte Initiativen von Betroffenen, die sich gegen solche Projekte wehren. In der Diskussion um die „Energiewende“ kamen sie kaum vor, und wenn, dann um sie lächerlich zu machen.



Foto: nomo auf Wikipedia CC BY-SA

Das passt gut, denn die zentralisierte Stromversorgung bedeutet zudem immer eine Zentralisierung von Macht und begünstigt dadurch eine herrschaftsförmige Organisation der Stromerzeugung. Dass früher mal um eine dezentrale regenerative Stromerzeugung gestritten wurde, erscheint heute kaum noch vorstellbar. Der Begriff des Atomstaates soll auf den Punkt bringen, dass das Kapital die AKWs nur betreiben kann, solange ihnen der Staat den Rücken freiprügelt. Über die „Energiewende“ lässt sich aber letztlich das Selbe sagen. Sie ist eben kein Programm mit dem vorrangigen Ziel, das Leben der Menschen zu verbessern (solche Programme kann es im Kapitalismus nicht geben), sie schafft vor allem dem ewig zur Suche nach Absatzmärkten verdamnten Kapital neue Investitionsmöglichkeiten. Unsere Kritik sollte daher nicht bei Zentralisierung stehenbleiben